

Studenten boykottieren Studiengebühren

von Till Günther

Frankfurt - Die Vollversammlung aller Studierenden der Johann Wolfgang Goethe Universität und der FH Frankfurt haben einen Boykott der ab dem Wintersemester 2007/08 zu zahlenden Studiengebühren in Höhe von 500 Euro pro Semester beschlossen. Wie schon im vergangenen Jahr wenden sich die Studenten klar gegen jede Form von Studiengebühren. Der organisierte Boykott soll der hessischen Landesregierung deutlich machen, dass das letzte Wort in Sachen Studiengebühren auch nach dem Erlass des entsprechenden Gesetzes nicht gesprochen ist. Studierende sollen nach dem Beschluss der VV die geforderten 500 Euro auf ein Treuhandkonto überweisen. So soll der Landesregierung klar gemacht werden, wie viele der Studenten bereit sind, sich mit ihr anzulegen. Der AStA ist überzeugt, dass es nicht möglich sein wird, mindest ein Fünftel der hessischen Studenten zu exmatrikulieren. Diese 20% sind das Minimum, welches sich am Boykott beteiligen soll, um den Protest in dieser Form weiter zu führen.

Im Anschluss an die Vollversammlung demonstrierten die Studenten auf Frankfurts Strassen. Dabei kam es vereinzelt zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, einige Studenten wurden verhaftet. Wie schon im vergangenen Sommer zeichnet sich die Entschlossenheit der Studenten ab, die sich in einer steigenden Militanz niederschlägt. Man kann dies als Prozess der Bewusstseinsentwicklung innerhalb der Studentenschaft lesen. Waren die Proteste von 2003 (gegen die Einführung von Langzeitstudiengebühren) noch von einer sehr hohen Kompromissbereitschaft geprägt, zielen die jetzigen Aktionen darauf ab, Widerspruch zu erregen. Man ist versucht zu behaupten, die Studenten haben gelernt, dass diese Landesregierung nicht durch bloße Appelle an die Vernunft davon zu überzeugen ist, ihre unsoziale Politik zu beenden. Studenten fehlt zudem das wirtschaftliche Potenzial, wie es gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten zur Verfügung steht, um ihre Interessen in einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung zu vertreten. Eine "begrenzte Regelüberschreitung" (Anja Muhr, AStA der Uni Frankfurt) von Studierenden im Hinblick auf den Boykott, sowie auf andere Formen des Protestes, stellt sich so als Reaktion auf zwei Legislaturperioden Koch'scher Regierung dar.

Weitere Informationen über den Boykott und andere Protestformen gegen Studiengebühren und neoliberale Bildungspolitik unter <http://www.protest-frankfurt.de/>